



Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Transparenz und Volksentscheid über Zwischenlagerung radioaktiver Stoffe aus Wiederaufbereitungsanlagen an Kernkraftwerks-Standorten in Schleswig-Holstein unter Beteiligung der Öffentlichkeit sichern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird hinsichtlich der im Kabinett beschlossenen Bereitschaft, radioaktive Stoffe aus Wiederaufbereitungsanlagen an Kernkraftwerks-Standorten in Schleswig-Holstein zwischenzulagern, dazu aufgefordert, eine transparente, lückenlose und zeitnahe Informationspolitik zu gewährleisten. Die Öffentlichkeit muss über alle politischen Absichten, Gespräche und Vereinbarungen umgehend informiert werden.
2. Der Landtag spricht sich für einen Volksentscheid über die Zwischenlagerung radioaktiver Stoffe aus Wiederaufbereitungsanlagen an Kernkraftwerks-Standorten in Schleswig-Holstein aus.
3. Der Landtag spricht sich dagegen aus, dass aus dem möglichen Zwischenlager Brunsbüttel ein Endlager wird.
4. Die Landesregierung wird dazu aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass das Atomkraftwerk Brokdorf innerhalb von drei Jahren aus dem Leistungsbetrieb genommen und dauerhaft stillgelegt wird.

Begründung:

In einem auf den 28. März 2013 datierten Schreiben an den Bundesumweltminister signalisierte der Schleswig-Holsteinische Umweltminister gegenüber dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dass Schleswig-Holstein grundsätzlich dazu bereit ist, Castoren aus den Wiederaufbereitungsanlagen Sellafield und La Hague in ein Standortzwischenlager in Schleswig-Holstein aufzunehmen. Die überwiegende Zahl der Schleswig-Holsteinischen Abgeordneten erfuhr von dieser Bereitschaft aus Presseberichten vom 10. April 2013.

Die Frage, ob und wie lange in welcher Form radioaktive Stoffe in unserem Bundesland gelagert werden soll, ist eine Entscheidung, die Generationen betrifft und kann nicht von der derzeitigen Landesregierung entschieden werden. Da es sich um einen Zeitraum von ca. 40 Jahren handelt (bis zur vermutlichen Endlagerung) kann jede Entscheidung über ein Zwischenlager oder Endlager nur mit der Bevölkerung getroffen werden.

Eine solche existenzielle Entscheidung erfordert, dass die Landesregierung und ihre Minister Informationen und geplante Schritte grundsätzlich vor etwaigen Entscheidungen der Öffentlichkeit zugänglich machen und zur Diskussion stellen. Die aktuelle öffentliche Debatte um die Zwischenlagerung radioaktiver Stoffe in Schleswig-Holstein macht deutlich, dass die Frage der Lagerung ein großes, gesamtgesellschaftliches Konfliktpotential birgt. Um zu verhindern, dass in Schleswig-Holstein weiterhin radioaktive Stoffe anfallen, ist es notwendig, das letzte noch im Leistungsbetrieb befindliche AKW Brokdorf schnellstmöglich stillzulegen.

Dr. Patrick Breyer
und Fraktion